

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Band: 159 (1993)

Heft: 7-8

Artikel: Schwedens Sicherheit im neuen Europa

Autor: Wahlbäck, Krister

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-62433>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Schwedens Sicherheit im neuen Europa

Einleitung

Die schwedische Neutralität in Friedenszeiten war nie völkerrechtlicher Art. Sie war eine historisch-pragmatische Neutralität, die zum ersten Mal im Jahre 1834 als aussenpolitisches Programm von König *Karl XIV. Johann* – dem ehemaligen französischen Marschall Jean Baptiste Bernadotte – dargelegt wurde. Sie gewann nach den erfolgreichen Bestrebungen Schwedens, sich aus den beiden Weltkriegen herauszuhalten, eine sehr starke Unterstützung im schwedischen Volk.

Vorschläge, diese Neutralität international völkerrechtlich zu verewigen, wurden jedoch immer abgelehnt. Schweden wollte seine Handlungsfreiheit behalten. Bisweilen wurde diese Freiheit auch benutzt. So z.B. 1948, als Schweden für ein skandinavisches Verteidigungsbündnis mit Norwegen und Dänemark eintrat. Aber auch in 1946, als Schweden der UNO beitrug, obwohl man sich völlig der Tatsache bewusst war, dass diese Mitgliedschaft in gewissen Situationen eine Neutralität unmöglich machen würde. Und schliesslich auch während des Winterkrieges 1940, als Schweden nach dem sowjetischen Angriff auf Finnland keine Neutralitätserklärung gab, um den Finnen grosse Mengen von Kriegsmaterial senden zu können.

In den vier Jahrzehnten zwischen 1950 und 1990 waren die geopolitischen Bedingungen in Nordeuropa jedoch derart, dass sie es der schwedischen Regierung kaum gestatteten, die Manöverfreiheit ihrer historisch-pragmatischen Neutralität zu nutzen. Man kann sagen, dass die Anforderungen an die Glaubwürdigkeit der schwedischen Absicht, in einem europäischen Krieg neutral zu sein, so gross waren, dass die schwedische Neutralitätspolitik in Friedenszeiten ungefähr so strikt war wie die der Schweiz.

Wir standen damals einem ideologisch gesellschaftlich begründeten, fast permanenten Gegensatz zwischen



Krister Wahlbäck
Botschafter, Dr. ès sc. pol.,
Berater des Ministerpräsidenten,
Stockholm

zwei sehr stark aufgerüsteten Militärbündnissen in unserer unmittelbaren Nähe gegenüber.

Seit der Auflösung des Warschauer Pakts ist die Zeit des geteilten Europas der Militärböcke jedoch vorbei. Damit ist auch die Neutralitätspolitik der Jahrzehnte zwischen 1950 und 1990 vorbei. Unsere Aussenpolitik in Friedenszeiten ist nicht mehr von den alten Szenarien des Kalten Krieges geprägt. Es braucht jetzt nicht unsere Hauptaufgabe zu sein, Schweden aus einem Grosskrieg in Europa herauszuhalten. Ein solcher Grosskrieg ist heute unvorstellbar. Also kann es auch keine Hauptaufgabe sein, unser Land von jeder europäischen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit fernzuhalten, um die Glaubwürdigkeit unserer Neutralität in einem Grosskrieg aufrechtzuhalten. Im Gegenteil, in der neuen Situation können wir endlich an der europäischen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit teilnehmen. Es ist ja im schwedischen Interesse, zur Entwicklung einer europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung beizutragen, die die «Kleinkonflikte» des heutigen Europas bewältigen würde. Dies ist unser Bestreben innerhalb der KSZE, und dies wird Schwedens Bestreben auch in Zukunft als Mitglied der Europäischen Union sein.

Unsere militärische Bündnisfreiheit besteht noch, damit wir im Falle eines Krieges in unserer Nähe neutral sein können. Es ist jedoch keineswegs klar, dass die Neutralität eine selbstverständliche Antwort auf jeden Konflikt in unserer Nähe sein wird. Es kann Situationen geben, in denen es im Gegenteil selbstverständlich wird, dass wir uns – ungefähr wie 1940 – weit darüber hinaus engagieren, als was für uns als neutrale Macht möglich gewesen wäre. Es ist natürlich auch durchaus denkbar, dass sich in der Zukunft Bündnisalternativen ergeben werden, die unsere Sicherheit besser gewährleisten würden als die militärische Bündnisfreiheit. Das ist jedoch vor allem von kommenden Entscheidungen der Westmächte abhängig.

Vor einem schweizerischen Auditorium muss ich einige terminologische Bemerkungen hinzufügen. «Neutralität» ist im Völkerrecht für einen Staat ohne ständige Neutralität nur im Verhältnis zu einem Kriege zwischen zwei anderen Staaten möglich. Deswegen hat die schwedische Regierung seit 1950 ihre Aussenpolitik in Friedenszeiten normalerweise nicht als «Neutralität» bezeichnet. Man hat von «Bündnisfreiheit im Frieden mit dem Ziel der Neutralität im Falle eines Krieges» gesprochen. Gelegentlich hat man auch die Formel «Neutralitätspolitik» benutzt, d.h. eine Politik mit der Hauptaufgabe, die Neutralität im Kriegsfall vorzubereiten.

Nun ist aber, wie schon gesagt, diese Hauptaufgabe weggefallen. Also spricht die Regierung nicht mehr von «Neutralitätspolitik», sondern von «militärischer Bündnisfreiheit im Frieden, um es uns zu ermöglichen, im Falle eines Krieges in unserer Nähe neutral zu bleiben.» Die Neutralität bleibt also eine Option. Gleichzeitig hat die Regierung die «Europäische Identität» der schwedischen Aussenpolitik hervorgehoben. Die schwedische aussenpolitische Debatte handelt heute nicht mehr so viel von den alten Neutralitätsfragen. Die Hauptfragen sind jetzt die gesamteuropäischen Perspektiven und die ganz neuen Voraussetzungen unserer Aussenpolitik.

Diesem Thema möchte ich mich jetzt widmen.

Szenarien

Wenn wir in Schweden unsere zukünftige Sicherheit als Mitglied der Europäischen Union diskutieren, ist die Entwicklung in der Russischen Föderation natürlich ein bestimmender Faktor. Es gibt zwei mögliche Szenarien, die in die Beurteilung einbezogen werden müssen. Das erste bedeutet, dass die positive Entwicklung der letzten Jahre trotz aller Schwierigkeiten anhält. Demokratie und Marktwirtschaft werden gefestigt. Vor allem: **Russland wird mit seiner neuen Stellung in Europa zufrieden sein und die Auflösung des alten russisch-sowjetischen Imperiums akzeptiert haben. In diesem Fall wird es, was Schweden betrifft, kein «grosses» Sicherheitsproblem mehr geben.** Wir werden nicht mit möglichen Bedrohungen unserer Unabhängigkeit und unserer territorialen Integrität zu rechnen brauchen. Statt dessen werden wir uns anderen sicherheitspolitischen Aufgaben gegenübergestellt sehen.

Eine Aufgabe ist, nach bestem Vermögen zu einer europäischen Sicherheitsordnung beizutragen, um Krisen und Bedrohungen des Friedens der Art, wie wir sie jetzt auf dem Balkan erleben, bewältigen zu können. Wir können beispielsweise an friedenserhaltenden und friedensschaffenden Militäreinsätzen mitwirken. Wir haben keinerlei politische Schwierigkeiten, dies zu tun; vorausgesetzt natürlich, dass die schwedische Regierung die Aktion als zweckmässig betrachtet und dass wir angemessene freiwillige Truppenverbände zur Verfügung haben. Wir haben ziemlich umfassende Erfahrungen mit friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen, die von Nutzen sein können.

Eine andere Aufgabe ist die Teilnahme an den Bemühungen zur Überbrückung der Klüfte zwischen West- und Osteuropa und der Erleichterung des Übergangs zu modernen demokratischen Marktwirtschaften in den früheren kommunistischen Staaten. Die baltischen Länder und Nordwestrussland liegen so sehr in unserer Nähe, dass wir mehr als eine Reihe anderer europäischer Staaten davon abhängig sind, dass diese gewaltige Aufgabe so schnell wie möglich erfolgreich durchgeführt werden kann. Diese Aufgabe stellt hohe Anforderungen an Ressourcen, Opferwillen

und Tatkraft seitens der kommenden Europäischen Union.

Schweden will an diesem Friedensprojekt mitwirken. Unter den während des Kalten Krieges herrschenden Umständen mussten wir ausserhalb der Europäischen Gemeinschaft stehen, obwohl der deutsch-französische Versöhnungsprozess, der der wichtigste Zweck der Gemeinschaft war, von entscheidender Bedeutung für den Frieden in ganz Europa – und damit auch für Schweden – war. Jetzt hat sich die Lage jedoch verändert. Wir haben eine völlig andere Handlungsfreiheit erhalten, was die Teilnahme an europäischer Zusammenarbeit und damit auch die Wahrnehmung unserer eigenen Interessen betrifft. Besonders in bezug auf die Russische Föderation ist es entscheidend für unsere Sicherheit, dass die dortige Reformpolitik mit Unterstützung aus dem Westen erfolgreich sein wird.

Wir werden jedoch frühestens in zwanzig bis dreissig Jahren mit Sicherheit wissen, ob diese Politik die angestrebten grundsätzlichen Veränderungen der russischen Gesellschaft zustande gebracht hat. Und damit komme ich auf das zweite, negative Szenario, was Russland betrifft, zu sprechen. Dieses negative Szenario

Wir wir alle wissen, ist der verteidigungspolitische Teil des Vertrages von Maastricht ein unklarer Kompromiss, der erst dann einen deutlichen Inhalt bekommen kann, wenn die Mitgliedsländer der Europäischen Union sich über den zukünftigen Kurs geeinigt haben.

kann man sich in wenigstens drei Varianten vorstellen:

Die erste Variante ist eine fortgesetzte Auflösung der Staats- und Gesellschaftsordnung in Russland. In einer solchen, durch Anarchie geprägten Situation müssen Russlands Nachbarn mit Gefahren vielerlei Art rechnen: Kernkraftkatastrophen, Flüchtlingsströme, Waffen- und Rauschgiftschmuggel in unsere Länder, der von russischer Mafia und russischen Verbrecherbanden organisiert wird, Drohungen oder Erpressung von seiten eigenmächtiger Kriegsherren usw.

Eine zweite Variante ist ein Ausein-

anderbrechen Russlands als einheitlicher Staat. Ein neuer russischer Nachbar, der nur einen Teil des heutigen Russlands umfasst und vielleicht nicht einmal Moskau als Zentrum hätte, wäre trotzdem noch eine regionale Grossmacht. Die Politik dieser Grossmacht wäre unvorhersehbar. Sie würde Unsicherheit für Schweden und andere Länder in Nordeuropa schaffen.

In beiden Fällen würde unser Bedürfnis nach gemeinsamer Beratung und Zusammenarbeit mit der Europäischen Union umfassend werden. Wir würden ein starkes Interesse daran haben, an einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik mitzuwirken, die einen erweiterten Sicherheitsbegriff zugrundeliegt und sich darauf vorbereitet, Gefahren aller Art von seiten eines in Anarchie und Zerfall geratenen Russlands zu begegnen.

Schliesslich gibt es noch eine dritte Variante des negativen Szenarios, was Russland betrifft. Die Auflösungsstendenzen können zu einer konservativen Reaktion führen. Eine starke Zentralmacht kann Unterstützung erhalten, um Disziplin und Zusammenhalt wieder aufzurichten. **Wir können die Gefahr eines Regimewechsels in autoritärer Richtung in Russland während einer Phase der in den kommenden Jahrzehnten zu erwartenden schmerzhaften Umwälzungen nicht ausschliessen.** Man kann sich vorstellen, dass ein solches Regime ein nationalistisches Gepräge erhält, und zwar nicht von der nach innen gekehrten Art, sondern ein Gepräge, das erneut zu Versuchen führt, traditionelle russische machtpolitische Ambitionen zur Geltung zu bringen.

Folgerungen

Unsere ganze Politik läuft darauf hinaus, eine solche Entwicklung zu vermeiden. Wenn wir der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der KSZE, so grosse Bedeutung beimessen, dann ist dies ein Ausdruck für unsere Hoffnung, dass Russland in der europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung eine konstruktive Rolle spielen wird. Aber wir können von der Gefahr eines autoritären nationalistischen Russlands nicht absehen, auch wenn wir hoffen, dass sie gering ist. Einem solchen Regime kann es gelingen, die Ressourcen des Landes zu mobilisieren, um erneut eine Streitmacht von nicht unbedeutender Schlagkraft aufzustellen.

Was würde ein derartiges Szenario für Schweden und Nordeuropa bedeuten? Es würde auf jeden Fall nicht eine Rückkehr zu den Verhältnissen des Kalten Krieges bedeuten. Einer der vielen Unterschiede sollte dabei besonders hervorgehoben werden:

In den Jahrzehnten, in denen zwei Militärbündnisse einander in Europa gegenüberstanden, gewöhnten wir uns in Schweden daran, die Lage in Nordeuropa im Vergleich zur Lage in Mitteleuropa als bedeutend günstiger zu betrachten. Hier oben im Norden gab es bis auf einen sehr kleinen Abschnitt am Eismeer keine direkte Grenze zwischen den Militärblocken. Es gab nichts, was mit der messerscharfen Grenze zu vergleichen war, die durch Deutschland und den Kontinent verlief. Statt dessen gab es einen gradweisen Übergang von der westlichen Interessenssphäre zur östlichen. Norwegen und Dänemark waren NATO-Mitglieder, jedoch ohne in Friedenszeiten alliierte Stützpunkte oder Truppenkontingente auf ihrem Territorium zuzulassen. Schweden verfolgte eine bündnisfreie Politik, die sich auf eine starke Landesverteidigung stützte. Finnland war neutral, unterhielt jedoch einen Freundschaft- und Beistandspakt mit der Sowjetunion.

Es gab auch keine grossen stehenden Truppenverbände in Nordeuropa. Eigentliche Krisen kamen nicht vor. Wir sahen uns selbst in einer vorteilhafteren Lage als die Länder in Mitteleuropa. Und zumindest in Schweden waren wir folglich der Meinung, dass es nicht in unserem Interesse läge, enger mit Mitteleuropa verknüpft zu werden, was die militärische Sicherheit betraf. Nach den Veränderungen der letzten Jahre ist die Lage jetzt eine andere. Wenn wir uns an die Perspektive einer «restlichen Bedrohung» von seiten Russlands halten, können wir folgende Feststellungen treffen:

Die EG-Länder in Mitteleuropa haben, wenn ich es einmal so ausdrücken darf, teils die ehemalige DDR «inkorporiert», teils doppelte Pufferzonen zwischen sich und der Russischen Föderation erhalten; in erster Linie Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn, in zweiter Linie Belarus und die Ukraine. In Nordeuropa haben wir dagegen immer noch im grossen und ganzen die gleichen Grenzen zu Russland wie in der Zeit von 1949 bis 1989 zur Sowjetunion. Es gibt nur eine – für Schweden und Finnland allerdings wichtige – Ausnahme, nämlich die Unabhängigkeit der baltischen Staaten. Ich kann dies auch etwas drastischer ausdrücken. **Früher hatte man in Amsterdam oder Strassburg sowje-**

tische Divisionen in nur 500 Kilometer Entfernung. Jetzt stehen die russischen Divisionen in mindestens viermal so weiter Entfernung. Hier in Nordeuropa jedoch haben wir sie immer noch in der gleichen Entfernung – oder ebenso nahe – wie vorher.

Gleichzeitig ist es denkbar, dass Nordeuropa für Russland grössere Bedeutung erhalten hat, als es früher für die Sowjetunion hatte. Die Abspaltung der Ukraine hat den geopolitischen Schwerpunkt Russlands im Vergleich zu dem der ehemaligen Sowjetunion nach Norden verlagert. Russland hat jetzt nur begrenzten Zugang zum Schwarzen Meer. Dies kann die Ostsee und den Raum Murmansk–Archangelsk für Russland relativ gesehen bedeutsamer machen, als sie für die Sowjetunion waren. Nordwestrussland – von Murmansk über St. Petersburg und Nowgorod bis nach Smolensk – birgt für Russlands Grossmachtstellung entscheidende Ressourcen, denen man in Moskau unter einem anderen als dem heutigen Regime möglicherweise vorgeschobenen Schutz angedeihen lassen könnte.

Auf der anderen Seite deutet das meiste darauf hin, dass das zukünftige Verhältnis zwischen Russland und der Ukraine angespannt sein wird. Die Russische Föderation dürfte auch in

Es ist natürlich auch durchaus denkbar, dass sich in Zukunft Bündnisalternativen ergeben werden, die unsere Sicherheit besser gewährleisten würden als die militärische Bündnisfreiheit.

Asien und dem islamischen Süden vor bedeutende Probleme gestellt werden. In den riesigen Gebieten zwischen dem Schwarzen Meer und der Mongolei besteht die Gefahr für ein ausge dehntes Chaos und für bürgerkriegsähnliche Kämpfe der Art, wie wir sie in Jugoslawien erleben oder im Libanon erlebt haben. Moskaus Möglichkeiten, auch unter einem anderen Regime ein für uns unbehagliches Interesse an Nordeuropa an den Tag zu legen, dürften deshalb begrenzt sein. Sie sind jedoch immerhin so hinreichend, dass wir – als kleine Nachbarn Russlands – sie nicht ausser acht lassen können.

In erster Linie dürfte ein eventueller

russischer Druck auf Nordeuropa sich gegen Estland und Lettland richten, die am schwächsten sind und grosse Gruppen russischer Einwanderer in ihren Grenzen beherbergen. Für Litauen kann eine gefährliche Lage entstehen, falls man von seiten Russlands zur Auffassung gelangt, die Verbindungen zum Gebiet von Kaliningrad/Königsberg müssten gesichert werden. Finnland und Norwegen haben selbstverständlich eine weit sicherere Position. Schweden, das ja keine gemeinsame Grenze mit Russland hat, steht noch etwas besser da. Es würde aber von einer derartigen Wende in der russischen Politik nicht unbeeinflusst bleiben.

Wenn wir also mit der Gefahr eines nationalistischen Russlands rechnen müssen, das die nötigen militärischen Ressourcen mobilisieren kann und versucht, erneut traditionelle russische Interessen gegenüber Europa ins Spiel zu bringen, dann müssen wir auch damit rechnen, dass Nordeuropa dieses Mal ebenso gefährdet sein wird wie Mitteleuropa.

In der sicherheitspolitischen Lage Schwedens sind auch andere Veränderungen eingetreten, die die Bedeutung einiger anderer Gründe für die bündnisfreie Politik verringert haben. Schweden liegt nicht mehr an der Grenze zwischen zwei militärisch gesehen gleich starken Machtblöcken. Früher wäre Schweden durch einen Beitritt zur NATO zu einem Vorposten des Westens geworden, der in Friedenszeiten von Spannungen stark berührt worden wäre und ausserdem in unmittelbarer Reichweite der offensiven Streitkräfte des Warschauer Paktes gelegen hätte. Das ist nicht mehr der Fall. Das gesamte Basensystem des Warschauer Pakts an der Ostsee gegenüber unserer eigenen Süd- und Ostküste, von Rostock in der ehemaligen DDR bis nach Paldiski/Baltischport in Estland, ist demontiert worden oder wird gegenwärtig demontiert. Wir haben den russischen Nachbarn heute in einer bedeutend weiter zurückgezogenen Position.

In diesem Zusammenhang ist eine Veränderung von besonderer Bedeutung. Sie hat mit Finnland zu tun: Früher befürchteten wir, ein schwedischer Beitritt zur NATO würde einen sowjetischen Vorstoss zur Errichtung von Luftwaffen- und Marinestützpunkten in Finnland provozieren. Die Sowjetunion würde die vieldeutigen Klauseln des Beistandspaktes von

1948 ausnutzen können, um als Kompensation eine Vorverlegung ihrer militärischen Positionen in Finnland zustande zu bringen. Heute ist Finnlands Stellung bedeutend stärker als früher. Der finnisch-sowjetische Beistandspakt trat im Januar 1992 ausser Kraft. Wenn Schweden und Finnland Mitglieder der Europäischen Union werden, wird unsere jeweilige sicherheitspolitische Stellung in der Tat ziemlich gleichartig werden.

Die bündnisfreie Politik zielt darauf ab, uns die Möglichkeit zu geben, im Falle eines Krieges in unserer näheren Umgebung neutral zu bleiben. Es wird jedoch immer schwieriger, sich Konflikte in unserer näheren Umgebung vorzustellen, bei denen wir uns würden neutral erklären wollen, insbesondere wenn wir damit in vollem Umfange völkerrechtlich neutral meinen.

Als Stalin im Dezember 1939 Finnland angriff, um unser Nachbarland wiederzuerobern und es dem grossrussischen Imperium einzuverleiben, wurde Neutralität zu einer unmöglichen Politik für Schweden. Wir leisteten Finnland umfassende Unterstützung mit Kriegsmaterial, Rohstoffen und Krediten, was mit Neutralität unvereinbar war. Unsere Politik beschränkte sich darauf, nicht kriegführend zu sein.

Wir müssen uns fragen, ob Neutralität für Schweden möglich sein würde, falls ein zukünftiges autoritäres und revanchistisches Regime in Russland sich auf etwas in dem Stil einliesse, von dem der berühmte Demagoge und Präsidentschaftskandidat *Schirinowski* bereits öffentlich gesprochen hat. Er will Finnland, Estland, Lettland und Litauen unter Druck setzen, und er will sie am liebsten alle zurückerobern.

Wer wagt zu behaupten, dass Neutralität in einer solchen Lage automatisch Schwedens Linie sein würde? Jede Situation in einer ungewissen Zukunft muss nach den Voraussetzungen beurteilt werden, die dann herrschen würden. Aber heute ist es offenbar, dass die Machtverhältnisse in Europa sich verändert haben, auch in Nordeuropa. Damit ist auch der Spielraum für eine Politik der Solidarität mit unseren Nachbarn und mit einer europäischen Sicherheitsordnung grösser geworden.

Vor dem Hintergrund der schwedischen Geschichte seit den Napoleonischen Kriegen ist es auch wichtig, sich daran zu erinnern, dass die WEU eine

völlig neue Bündnisalternative für uns ist. Während unserer langen Neutralitätsgeschichte seit 1815 haben wir nie zuvor die Alternative gehabt, uns einem Verteidigungsbündnis anzuschliessen, dem Grossbritannien, Frankreich und ein vereinigtes Deutschland angehören, während alle diese drei Grossmächte gleichzeitig durch die NATO mit den USA verbunden sind. Dieses Bündnis hat heute ausserdem normale Beziehungen zur derzeitigen Führung in Moskau. Wir haben früher natürlich die Möglichkeit gehabt, uns einer Grossmacht oder einem Grossmachtblock anzuschliessen. Aber diese Alternativen

Jede Situation in einer ungewissen Zukunft muss nach den Voraussetzungen beurteilt werden, die dann herrschen würden.

waren nicht besonders verlockend, wenn man daran denkt, wie unsere Lage damals war. In der Periode 1870–1945 befanden wir uns in einer heiklen Lage im Spannungsfeld zwischen drei gegnerischen Grossmächten – Russland, Deutschland und Grossbritannien-Frankreich. In der Zeit von 1949 bis 1989 lagen wir, wie ich schon beschrieben habe, im Grenzgebiet zwischen einerseits den NATO- und den EG-Ländern und andererseits einem misstrauischen Warschauer Pakt. **Wir hatten gute Gründe, keine der Verteidigungsbündnisalternativen zu wählen.**

Heute ist die Lage eine andere. Das verteidigungspolitisch geeinte Westeuropa erstreckt sich von der Irländischen See bis an die Oder. Polen und die Baltischen Länder wollen dem westlichen Verteidigungssystem ausserdem nahestehen. Für uns – und ebenso übrigens auch für Finnland – bedeutet dies, dass die WEU uns eine Möglichkeit geben kann, die wir nie zuvor gehabt haben.

Schlussfolgerung

Das, von dem ich hier gesprochen habe, ist bisher in der schwedischen öffentlichen Debatte noch kaum diskutiert worden. Die grösste Tageszeitung Schwedens, *Dagens Nyheter*, spricht sich seit einigen Monaten für eine schwedische Mitgliedschaft in der NATO aus, allerdings nur ziemlich

allgemein. Das schwedische Volk ist natürlich noch keineswegs reif, die Angemessenheit der Bündnisfreiheit in der Zukunft in der Weise zu diskutieren, wie ich es hier getan habe.

Eine grosse Mehrheit der Schweden ist verständlicherweise immer noch nicht geneigt, eine sicherheitspolitische Linie aufzugeben, an der Schweden seit Ende der Napoleonischen Kriege festgehalten hat und die man mit Recht als eine wichtige Ursache dafür betrachtet, dass es Schweden in dieser ganzen Zeit gelungen ist, sich aus den Kriegen in Europa herauszuhalten.

Es wird noch einige Jahre dauern, bis man einzusehen beginnt, wie radikal sich die Voraussetzungen für Schwedens Sicherheitspolitik verändert haben.

Es liegt auch kein Bedarf vor, diese Entwicklung zu forcieren. Die Mitgliedschaft in der WEU wird erst dann eine Möglichkeit, wenn wir Mitglied der Europäischen Union geworden sind. Wie Europa dann aussehen wird, wissen wir nicht. Wir wissen auch nicht, wie die WEU aussehen wird, wie sich ihr Verhältnis zur NATO gestalten wird, ob sie uns die erforderliche Sicherheit bieten kann, oder ob die NATO noch die einzige seriöse Verteidigungsorganisation sein wird. Wie wir alle wissen, ist der verteidigungspolitische Teil des Vertrages von Maastricht ein unklarer Kompromiss, der erst dann einen deutlichen Inhalt bekommen kann, wenn die Mitgliedsländer der Europäischen Union sich über den zukünftigen Kurs geeinigt haben. Wir haben keinen Anlass, zur Frage der Mitgliedschaft in einem Bündnis Stellung zu nehmen, ehe die Voraussetzungen so klar wie möglich geworden sind. Dagegen haben wir Anlass, in Schweden eine sachliche Debatte darüber einzuleiten, in welchem Ausmass der Wert der Bündnisfreiheit in dem jetzt heranwachsenden Europa für uns abgenommen hat, sowie über die Voraussetzungen, unter denen eine Bündnisalternative vorzuziehen sei. In diesem Punkt, glaube ich, herrscht unter führenden Politikern in Schweden ziemliche Einigkeit.

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, der frühere Ministerpräsident *Ingvar Carlsson*, sagte am 1. September 1992, als ihm eine Frage nach unserer künftigen Sicherheitspolitik gestellt wurde: *«Wir sind jetzt nicht bereit zu sagen, dass wir unsere Bündnisfreiheit aufgeben... Ich bin sicher, dass jeder Vertreter der EG der Meinung ist, es sei gut, wenn Schweden*

und Finnland keine grossen Veränderungen ihrer Verteidigungspolitik vornehmen. Unsere militärische Bündnisfreiheit besteht weiter. Nur Schweden soll schwedisches Territorium verteidigen. Wenn man dann jedoch die Frage stellt, ob in Zukunft Veränderungen eintreten können, dann ist die Antwort ja. Europa hat sich unerhört schnell verändert. Es kann weitere Veränderungen geben. Aber wir können jetzt nicht anfangen, hypothetische Überle-

gungen anzustellen. Dann können wir uns in der schlechtesten aller Lagen wiederfinden, nämlich dass uns weder die Vorteile eines Militärpaktes noch der Vorteil der Bündnisfreiheit zur Verfügung stehen.»

Ministerpräsident Carl Bildt hatte sich schon in einer Erklärung vom 11. August 1992 für eine vertiefte Erörterung unserer künftigen Sicherheitspolitik ausgesprochen. Er hatte ausserdem hervorgehoben, dass die

Debatte sich um die zukünftigen Möglichkeiten für Schweden statt um die Beschränkungen von gestern drehen sollte. «Was sich uns jetzt eröffnet, sind neue Möglichkeiten, auf die Ziele hinzuwirken, die für unsere Sicherheitspolitik selbstverständlich sind, nämlich unsere eigene Freiheit und unseren Frieden zu erhalten, indem wir zur Freiheit und zum Frieden in einem Europa beitragen, von dem wir ein so selbstverständlicher Teil sind.»